

Preis: 1,50 €

Bildung im Kapitalismus

Mit Beiträgen der RJZ
und Marcel Kunzmann
Vorwort von S. Leitz



Herausgegeben von
KRITISCHE SCHRIFTEN

Inhalt

- **Vorwort**
von S. Leitz
- **Bildung im Kapitalismus**
von Revolutionäre Jugend Zürich (www.rjz.ch)
- **„Das Schulfach Gemeinschaftskunde“**
Eine marxistische Analyse und Kritik
von Marcel Kunzmann

1. Auflage, 2009

Vorwort

Beim Bildungsstreik im November 2008 gingen etwa 100.000 unzufriedene Schüler auf die Straße. Ein halbes Jahr später demonstrierten 270.000 Schüler und Studierende für ein besseres und gerechteres Bildungssystem, das nicht mehr den Einschränkungen der Klassengesellschaft unterworfen ist. Die wichtigsten Forderungen waren die Abschaffung der Studiengebühren, selbstbestimmteres Lernen und die Reduzierung der Klassenstärke. Außerdem wurde gegen das achtjährige Gymnasium und die zunehmende Ökonomisierung des Bildungssystems protestiert.

Dieser starke Protest, der ohne Verbote und Androhung von Strafmaßnahmen wohl noch mehr Teilnehmer gefunden hätte, verdeutlicht, dass im deutschen Bildungssystem einiges im Argen liegt. Ironischerweise wollte der bayerische Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) am Tag des „Bildungsstreiks“ mit den Demonstrierenden in Dialog treten. Er hatte wenige Tage davor noch den bayerischen Schülern unter Strafandrohung das ihnen das in der Verfassung verankerte Recht auf Versammlungsfreiheit mit dem Hinweis auf die Schulpflicht, die rechtlich jedoch eigentlich hinter den Verfassungsrechten zurückstecken müsste. Es wurde sogar an die bayerischen Schulleiter die Order herausgegeben, ihre Schüler mit allen Möglichkeiten an der Teilnahme an den Demonstrationen und somit der Wahrnehmung ihrer Grundrechte zu hindern. Trotz allem folgten viele

Demonstrantinnen und Demonstranten dem Aufruf der Organisatoren und die Aktionswoche wurde bundesweit in allen Medien wahrgenommen.

Alle Schüler und Studierende sind sich einig. Im Bildungssystem läuft einiges falsch und es muss viel verändert werden. Die vorliegende Broschüre enthält Texte die, aus marxistischer Sicht, zum einen das momentane Bildungssystem analysieren und zum anderen einige Verbesserungsvorschläge geben.

Der erste der vorliegenden Texte, „Bildung im Kapitalismus“, kritisiert den Zustand sowie den Inhalt des kapitalistischen Bildungssystems, das keinen Platz für Individualismus lässt, sondern die Schüler und Studenten lediglich auf den Arbeitsmarkt vorbereiten soll.

Der zweite Aufsatz, „Das Schulfach Gemeinschaftskunde“, versucht eine Analyse der Beschreibung des Schulfachs Gemeinschaftskunde im Lehrplan Baden-Württembergs. Das Urteil ist äußerst kritisch, ja ablehnend. Zudem beschreibt der marxistische Autor eine Reihe von Widersprüchen, die er im Bildungssystem sieht.

S. Leitz

Bildung im Kapitalismus

Zuerst wollen wir einen kleinen Überblick über die Geschichte der Bildung geben. Danach wird das kapitalistische Bildungswesen vereinfacht angeschaut. Am Ende findet sich ein Abschnitt darüber, was wir uns unter einer sozialistischen Bildung vorstellen könnten.

1. Die Geschichte der Bildung

Die Bildung war schon immer ein Abbild der gesellschaftlichen Verhältnisse. So wurde zum Beispiel im antiken Griechenland das Schreiben und Lesen erst wichtig, als der Staat sich zu entwickeln begann. Das bedeutete, dass nun vermehrt Leute ausgebildet wurden, die nicht nur die Kunst des Soldatseins, sondern eben auch Rechnen und Schreiben beherrschen mussten, um den Staatsbetrieb aufrecht erhalten zu können. Also veränderte sich mit den gesellschaftlichen Verhältnisse auch die Bildung und Erziehung. Aus dem Soldaten- und Armeestaat entwickelte sich ein Bürokratiestaat. Parallel dazu entwickelte sich aus der hierarchischen Soldatenausbildung eine schulische Allgemeinbildung. Im Faschismus dagegen war die Erziehung zum Beispiel stark militärisch und hierarchisch gegliedert. Dies aus den Gründen, dass die Leute einerseits in das neue Menschenbild passen mussten, andererseits gehorsam und treu in das (Militär-)Regime eingeordnet werden konnten.

In der Geschichte gibt es unzählige weitere Beispiele dafür, dass die Bildung jeweils der Gesellschaft entspricht, in der sie zuhause ist. Diese Erkenntnis ist aber nicht nur aus der Erfahrung heraus belegbar, sondern auch theoretisch begründbar. Ein System muss sich selbst immer wieder reproduzieren. Wie oben gesagt braucht zum Beispiel der Faschismus treue Soldaten einerseits und eine sich nicht beklagende Bevölkerung andererseits, um überleben zu können. Oder der griechische Staat braucht Gelehrte, um den Staatsbetrieb aufrecht erhalten zu können. Die Bildung muss also jeweils das System reproduzieren und ändert sich dabei jeweils mit Änderungen des Systems.

2. Bildung im Kapitalismus

Heute leben wir im Kapitalismus und das Bildungssystem richtet sich dabei nach diesem. Wie der Kapitalismus, baut auch die Bildung auf einem Konkurrenzsystem auf. Das Ziel der Bildung im Kapitalismus ist nicht, möglichst viel Wissen zu vermitteln, sondern die Menschen in bildungsmässige Schubladen zu stecken. Aus diesen kann dann die Wirtschaft bequem die Leute auswählen, die sie gerade benötigt. Was das bedeutet und welche Aspekte dieses kapitalistische Bildungswesen aufweist, soll in verschiedenen Punkten dargelegt werden:

Lernen

Alle wissen, in der Schule geht es ums lernen. Unter Lernen versteht man den Aufwand in einer gewissen Zeit, um als Lernresultat etwas zu können. Etwa eine bestimmte Anzahl Übungsstunden um dann als Resultat Fahrradfahren zu können. Eigentlich eine gute Sache. Nur läuft es in der Schule ein wenig anders. Da ist nämlich eine gewisse aufgewendete Zeit nicht das Resultat des Lernens, sondern vielmehr wird die Zeit schon vorausgesetzt. In einer gewissen Zeit, soll ein gewisser Inhalt gelernt werden und zwar von allen Schülern. Diese Zeitspanne, in welcher der Lernstoff gelernt sein muss, ist für alle Schüler dieselbe, obwohl die Schüler selbst ganz unterschiedlich sind. Den einen fällt es leichter den verlangten Stoff zu lernen und sie begreifen ihn schneller, für andere geht das dauernd zu schnell.

Natürlich sind Letztere nicht dümmer als Erstere, sie bräuchten nur länger bis sie das Gleiche verstehen würden. Doch darauf wird in der Schule keine Rücksicht genommen. Selbst wenn die Lehrer wollten, sie könnten auf die, welche langsamer lernen, gar keine Rücksicht nehmen, schliesslich haben sie ihren Lehrplan zu erfüllen. Wenn nun die Zeitspanne vorüber ist, in welcher der Unterrichtsstoff beherrscht werden sollte, folgend darauf die Prüfungen und nicht etwa wenn alle Schüler den Stoff begriffen haben. Dass dies nicht der Fall ist, wissen die Lehrer übrigens ganz genau.

Noten und Prüfungen

Die Prüfungen werden allgemein als Lernerfolgskontrollen bezeichnet. Das sind sie jedoch nicht. Bei den Prüfungen werden nicht Bildungslücken beseitigt, sondern Strafen in Form von Noten verteilt. Die Noten sind dafür da, die Leistungsunterschiede der Schüler aufzuzeigen und eine Leistungshierarchie unter den Schülern zu bilden. Dass die Noten nicht dazu dienen, die Bildungslücken der Schüler zu schliessen, sieht man nur schon daran, wie sie entstehen. Bei einer Prüfung werden ganz einfach die Fehler gezählt und daraus entstehen dann die Noten. Ob die Noten nun aus Zahlen, Sätzen oder Phrasen bestehen spielt dabei übrigens keine Rolle. Was genau falsch gemacht wurde ist egal. Das Ergebnis "7 Fehler" hat zum Beispiel überhaupt nichts mit Inhalt der Fehler zu tun.

Mit dem Ergebnis "7 Fehler" ist noch nicht einmal klar, ob die Prüfung nun gut oder schlecht war. Da kommt es nämlich nicht darauf an, was der einzelne Schüler kann, sondern wie er sich im Vergleich mit den andern Schülern macht. So können 7 Fehler eine gute oder eine schlechte Note sein, ganz davon abhängig was der Durchschnitt des Rests der Klasse ist. Die Noten und damit die Prüfungen sind also keine Bewertung der Leistung der Schüler, sondern ein Vergleich zwischen ihnen. Einige Schüler haben dies so sehr verinnerlicht, dass sie sich sogar weigern ihr Wissen an andere weiterzugeben, indem sie die andern nicht abschreiben

lassen, weil sie wissen, dass dies den Notenschnitt und somit auch

2. ihre eigene Note senkt.

Noch absurder wird die Fachnote im Semester. Diese ist ein Durchschnitt der verschiedensten Themen. Die Note sagt aber nichts darüber aus, was man gelernt hat und was nicht oder welche Themen man beherrscht. Auf die Spitze getrieben wird das Ganze mit dem Gesamtschnitt von allen Fächern. Dieser ist auch der wichtigste, um bestehen zu können. Er entscheidet darüber, in welche Stufe der Sek. oder Realschule man kommt, ob man aus dem Gymnasium fliegt oder die Matura(entspricht dem deutschen Abitur, *Anmerkung der Redaktion*) besteht. Der Gesamtschnitt hat aber nun rein gar nichts mehr damit zu tun, ob man den Unterrichtsstoff beherrscht.

Nur wenn jemand all zuwenig verstanden hat, muss er die Konsequenzen tragen. Die sind nicht etwa Repetition des Stoffes, sondern der Rausschmiss aus der Schule oder die Abstufung und damit der Ausschluss von diesem Wissen. Eine Ausnahme bildet hier die ersten sechs Primarschulklassen. Diese werden vom Staat als einheitliches Minimum angeschaut, dass absolut jeder haben sollte. Deshalb kann man dort weder rausfliegen noch abgestuft werden. Hier wird bei zu schlechter

Leistung wiederholt. (Übrigens typischerweise nicht nur die Fächer, in denen man Wissenslücken hatte, sondern das gesamte Jahr. Schliesslich soll das Wiederholen in erster Linie eine Bestrafung des Schülers darstellen.)

Trotz allem finden wir Prüfungen grundsätzlich eine sinnvolle Sache. Wenn man etwas lernt, prüft man sich, ob man den Stoff beherrscht. Falls man ihn nicht beherrscht, muss man halt nochmals lernen. Im Kapitalismus ist es nun aber so, dass man fürs Nichtkönnen mit einer schlechten Note bestraft wird, und dann zum nächsten Thema übergeht.

Ein Beispiel: Jemand hat Lust Fahrradfahren zu lernen. Er übt und testet sich an einer Velotour um den Zürichsee. Er fällt einige Male um und findet er müsse noch mehr lernen. Im kapitalistischen Bildungssystem würde er aber nach seinen Stürzen eine schlechte Note fürs Fahrradfahren bekommen und müsste dann weiter zum Schwimmtraining. Wenn er übrigens Ende Jahres das Fahrradfahren immer noch nicht beherrschen würde, dafür das Schwimmen und noch das Skilaufen dazu, dann wäre es egal, wenn er immer noch nicht mit seinem Fahrrad ins Kino fahren könnte. Denn im Schnitt beherrscht er zwei von drei Fächern. So ist er zwar nicht so gut, wie einer der alle drei Tätigkeiten beherrscht, aber immerhin besser als einer der nur Schwimmen kann. Das Ziel, allen alles

beizubringen, existiert nicht.

Wie bereits erwähnt, kann man so recht deutlich sehen, dass Noten eben nicht die Funktion einer Lernkontrolle übernehmen. Sie dienen nicht dazu, Bildungslücken zu schliessen, sondern sind einerseits Bestrafungen für zu langsames Lernen sind und andererseits stecken sie die Schüler in übersichtliche hierarchische Bildungsschubladen.

Bildungsschubladen und Klassenzugehörigkeit

Nach einer gewissen Zeit werden die Schüler verschiedenen Schubladen mittels verschiedener Schulen und Abschlüssen (zum Beispiel Gymnasium, Sek., Realschule etc.) zugeteilt. Diese Unterteilung wird mit unterschiedlichen "Leistungsfähigkeiten" erklärt. Diese, welche benötigt werden um in der Noten-Konkurrenz bestehen zu können, sind nicht etwa allgemein, von der Natur aus, definiert sondern vom jeweiligen Stand des Kapitalismus vorgeschrieben. So gehört etwa Mathematik oder Biologie dazu während musische Begabungen nicht einbezogen werden. (Dies ist natürlich eine Verallgemeinerung. Auch eine Begabung in Musik kann von Wichtigkeit in der Noten-Bewertung sein, nur ist die Tendenz zur Wichtigkeit dabei um ein vielfaches kleiner als bei Sprachen oder Naturwissenschaften)

Das kann im Kapitalismus selbst auch ändern. So nimmt die Wichtigkeit von Informatik zu während das "Schönschreiben" an Bedeutung verloren hat. "Vom Kapitalismus definierte Wichtigkeit" bedeutet, dass dieser vorgibt was wichtig ist. Mathematik oder Chemie ist für die Produktion eine grosse Notwendigkeit (zum Beispiel Ingenieur oder Pharmaindustrie) während das Malen von Bildern dem Kapitalismus keinen weiteren Gewinn bringt. So wird bei der heutigen Bildung grossen Wert darauf gelegt, dass diese "wichtigen" Fächer gelehrt und bewertet werden während andere Fächer nur, am Rande (falls genügend Geld vorhanden ist) unterrichtet werden. Es entsteht also eine Reproduktion der im Kapitalismus wichtigen Eigenschaften.

Nicht, dass diese Fächer in einer Gesellschaft wie wir sie uns vorstellen nicht mehr wichtig wären. Der Unterschied liegt aber darin, dass heute der Kapitalismus bzw. die Unternehmen definieren was wichtig ist und nicht die Bevölkerung und die Betroffenen selbst. Diese Reproduktion erfolgt jedoch nicht nur in den Fächern sondern in den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen. Normalerweise ist diese Produktion der Klassen auch immer eine Reproduktion der bisherigen Klassen (Tendenz zur Zweiklassenbildung), das heisst, Kinder aus Familien der Arbeiterklasse gehören später selbst zur Arbeiterklasse und Kinder

von der Elite werden wiederum zur nächsten Elite. Denn wer Geld hat kann seinen Kindern teure Nachhilfe oder Sprachaufenthalte zahlen. Gebildete Eltern haben dazu auch die Möglichkeit ihrem Kind bei den Hausaufgaben etc. zu helfen. Dazu kommt noch, dass Eltern mit hohem Bildungsstandard nach dem Feierabend eher mal ein gutes Buch aus ihrer Privatbibliothek lesen oder eine Arte-Dokumentation schauen, während ein ungelernter Arbeiter sich lieber mit Big Brother den Abend versüsst. Das beeinflusst die Kinder natürlich.

Diese Reproduktion muss jedoch nicht zwanghaft so sein. So können manchmal auch Kinder aus der Arbeiterklasse zu Studenten und hohen Angestellten etc. werden. (Eine Tatsache, die immer wieder zu Lobliedern auf unser Bildungssystem führt). Denn natürlich ist trotz allem eine gewisse Chancengleichheit vorhanden. Es ist aber nicht die Chancenungleichheit, die wir am Kapitalismus kritisieren sondern die Ungleichheit der Gesellschaft. Wir finden es eben nicht richtig, dass jemand, bei gleicher Anfangschance von einem Hungerlohn leben muss und ein anderer Fabrikbesitzer werden kann. Die Einordnung in der Berufswelt hat auch nichts mit Faulheit und Fleiss zu tun. Auch wenn sich alle Menschen noch so anstrengen würden in der Schule, würde die Wirtschaft doch nicht mehr hochqualifizierte Jobs anbieten. Das Übel und eben das Unumgängliche

im Kapitalismus, ist die Produktion der Klassen selbst.

Genau dort setzt auch das heutige Bildungswesen an. Schüler, die schlechte Noten haben und somit auf eine "tieferen" Schule gehen müssen (falls sie über einen Abschluss verfügen wollen) bekommen dort auch keine weitere, für sie im kapitalistischen Arbeitsprozess unnötige, höhere Bildung. So wird in der Realschule zum Beispiel keinen grossen Wert mehr auf "höhere" Mathematik etc. gelegt, weil ein Arbeiter mit Realschulabschluss diese auf dem Arbeitsmarkt nicht benötigt. Das Bildungssystem hat so eben nicht den Zweck, möglichst viel Wissen an möglichst viel Menschen zu vermitteln, was ein anständiges Bildungssystem zweifellos sollte. Sondern eben ein Minimum, nur soviel, dass die Leute die Jobs für die sie durch ihre Bildung in Frage kommen, erledigen können. Denn welche Firma braucht schon einen Gabelstaplerfahrer der Latein kann?

3. Globalisierter Kapitalismus - Globalisiertes Bildungssystem

Der globalisierte Kapitalismus hat auch einen Plan für das moderne Bildungssystem. So gibt es immer mehr Bestrebungen zu einer Vereinheitlichung des Bewertungssystems für die Bildung (zum Beispiel Bologna). Dies bringt zwar zugegebenermassen

auch Vorteile für die Auszubildenden. Es ist aber vor allem eine Weiterentwicklung des Konkurrenz-Noten- Systems. Der Vorteil liegt jetzt bei den multinationalen Unternehmen mit ihren internationalen Arbeitsmarktvorteilen. Für sie ist es nun viel einfacher die verschiedenen Schulabgänger untereinander zu vergleichen und die "Besten " auszuwählen.

Die Privatisierung des Bildungswesens ist der nächste Schritt der modernen Bildung. Damit verbunden ist zwangsläufig die Tendenz zur Zweiklassenbildung. Denn wer bzw. wessen Eltern es sich leisten können, schicken ihre Sprösslinge auf teure private Schulen, die sich wiederum teure und angesehene Erzieher leisten können. In Zusammenarbeit mit einem global standardisierten Bewertungssystem können diese Schulen ihren Abgänger wiederum eine rosige Zukunft und einen guten Job versprechen, da sie durch die "besten" Lehrer und teuersten Räumlichkeiten die besten Voraussetzungen bieten für einen guten Abgang (der ja nun immer mehr international verglichen werden kann). Die Kapitalistenklasse reproduziert sich also selbst.

Ein weiterer Punkt des modernen Bildungswesens, ist das Sponsoring. So bezahlt zum Beispiel Coca-Cola heute schon Lehrmittel. Das heisst, dass zum Beispiel die Lehrbeispiele im Wirtschaftslehrbuch

nun nicht mehr mit fiktiven Firmen etc. gebildet werden sondern mit Coca-Cola. Dazu gibt es immer mehr Bestrebungen zu Sponsoring von Hochschulen. Haben wir also bald im ALDI-Raum anstatt im Vorlesungszimmer 210 Schule?

4. Bildung im Sozialismus

Nach der Beschreibung des heutigen Bildungswesens sollen nun einige Ideen zu einer sozialistischen Bildung geliefert werden. Da wie oben beschrieben, sich das Bildungswesen auch immer der Gesellschaft angleicht, ist es unmöglich ein genaues Bild einer sozialistischen Bildung abzugeben. Zugleich wie die Revolution nicht von einem auf den anderen Tag alles "gut" macht wird auch das Bildungssystem während bzw. nach der Revolution einen experimentellen Charakter besitzen. Das bedeutet, dass es nicht plötzlich ein "korrektes" Bildungswesen geben wird. Es werden Reflexionen und Diskussionen notwendig sein wo was zu verbessern ist etc. Doch genau dort ist einer der springenden Punkte einer sozialistischen Bildung. Die Schüler sollen in diese Diskussion miteinbezogen werden. So ändert sich auch die Rolle des Lehrers. Er soll nicht mehr ein hierarchischer Vorgesetzter sein sondern eine Art Lernhilfe, die von den Schülern in Anspruch genommen werden kann.

Selbstverständlich sollen auch alle, unabhängig von Alter oder Beruf jederzeit und kostenlos die Schule besuchen können und sich für die Kurse einschreiben, die sie interessieren oder die sie für ihren Beruf benötigen. Etwas wie Privatschulen würde es ohnehin nicht mehr geben. Zusätzlich wird die "Verschulung" der Hochschulen rückgängig gemacht, das heisst, dass an den Universitäten (die natürlich auch für alle frei zugänglich wären) wieder die freie Forschung statt Punktesystem und Arbeiten-Abgabedruck im Zentrum stehen würde.

Das alles wäre durch die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise mit ihrer Konkurrenzwirtschaft möglich. Ohne diese wäre die Schule keine Konkurrenzveranstaltung mehr, bei der ständig gespart werden soll. Jeder könnte sich zum Lernen soviel Zeit nehmen, wie er benötigt, ohne Angst haben zu müssen von der Schule zu fliegen. Die Bildung würde sich endlich nach den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Menschen richten.

„Das Schulfach Gemeinschaftskunde“ - Eine marxistische Analyse

Das Schulfach Gemeinschaftskunde

Das Fach Gemeinschaftskunde hat die Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern auf der Grundlage solider Kenntnisse Einsichten in politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Zusammenhänge zu vermitteln, ihnen ihre Rechte und Pflichten zu verdeutlichen und sie zu selbständig denkenden, rational urteilenden und verantwortlich handelnden Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern erziehen, die die Regeln für ein rationales Austragen politischer Konflikte kennen und achten. Sie sollen die Grundwerte und Rechtsnormen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstehen und anerkennen. Dazu gehört die Bereitschaft, mit anderen friedlich zusammenzuleben, die Vielfalt der Interessen und Meinungen zu respektieren und demokratische Handlungsformen als Wert anzuerkennen. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich mit grundsätzlichen und aktuellen Fragen der Politik befassen und sich dabei auch mit problematischen Erscheinungen der politischen Wirklichkeit auseinandersetzen. Bei der Analyse von Entscheidungsprozessen werden ihnen Handlungsspielräume und Sachzwänge deutlich, und sie erkennen bei der Behandlung kontroverser Standpunkte und ihrer Begründungszusammenhänge die Vielschichtigkeit politischer Probleme. Sie sollen einsehen, dass die Akzeptanz politischer Entscheidungen Sachkompetenz bei Entscheidungsträgern und Betroffenen voraussetzt und

dass Demokratie zur Lösung von Problemen ein Abwägen zwischen Eigeninteresse und Gemeininteresse sowie Toleranz erfordert.

Der Gemeinschaftskundeunterricht muss daher von Klasse 10 an unterschiedliche Meinungen und Interessen offen darstellen und zwischen Sachinformation und Wertung unterscheiden. Dabei erwerben die Jugendlichen die Bereitschaft, ihre Meinungsbildung im Lichte neuer Informationen ständig zu überprüfen, bei Kritik an Missständen unsachliche Verallgemeinerungen zu vermeiden und politische Fragen rational zu diskutieren. Der Unterricht muss ihnen auch Möglichkeiten zur Identifikation mit den Grundwerten der Verfassung eröffnen, einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau einer eigenen Werthaltung leisten und sie zu demokratischem Engagement zu gewinnen versuchen.

In den einzelnen Lehrplaneinheiten sind die verbindlichen Inhalte an vielen Stellen allgemein und offen formuliert, und sie beschränken sich häufig auf den institutionellen Rahmen für politische Prozesse. Dadurch ergibt sich für den Gemeinschaftskundeunterricht die Möglichkeit und Notwendigkeit, politische Entscheidungsprozesse inhaltlich zu füllen. Dabei kann er auf aktuelle Entwicklungen und Problemlagen eingehen und auch die jeweiligen Interessen der Schülerinnen und Schüler berücksichtigen.

(Lehrplan Baden-Württemberg / G9)

„Das Schulfach Gemeinschaftskunde“

- Eine marxistische Analyse

Der Originaltext: Eine Publikation des Baden-Württembergischen Kultusministeriums, als Instruktion für Gemeinschaftskundelehrer gedacht, umschreibt den Charakter selbigen Unterrichts. Diesen Text, der als Grundlage und Ausgangspunkt für unsere Analyse dient, werden wir im folgenden etwas genauer beleuchten und hinterfragen. Wir werden versuchen die zentrale Frage zu beantworten: Cui bono?

Wem nützt die dort charakterisierte Schulung der Jugend? Wie soll diese Erziehung vor sich gehen?

Was soll in diesem Fach eigentlich vermittelt werden und wer profitiert davon?

Diesen und weiteren Fragen stellen wir uns in nachfolgender Analyse.

Das Fach Gemeinschaftskunde hat die Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern auf der Grundlage solider Kenntnisse Einsichten in politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Zusammenhänge zu vermitteln [...]

Gleich zu Beginn tun sich dem Leser hier einige Fragen auf: Was sind diese *soliden Kenntnisse*, und wer vermittelt diese? Sind es die Binsenweisheiten des Kapitals *oder* selbst erarbeitete Fakten?

Die Frage *wie* diese Kenntnisse vermittelt werden bleibt völlig ungeklärt. Auch bleibt betreffender Text dem Leser eine genauere Definition von diesen *soliden Kenntnissen* schuldig.

Des Weiteren sollen Einsichten in die Ökonomie, Gesellschaft, Politik und das Rechtswesen vermittelt werden; auch sollen dort auch noch Zusammenhänge *vermittelt* – anstatt *erkannt* – werden. Doch die grundsätzliche Frage hier ist doch vielmehr: Welche

Politik? Welche Ökonomie? Welche Justiz? Geht es hierbei um die herrschende Ordnung der BRD oder um die eines beliebigen anderen Landes? Auch markant ist hier der Gebrauch des Wortes *Einsicht*. Frei nach dem Motto: „Habt ein *einsehen*“ wird hier subtil der Grundkonsens dieses Faches dargelegt: Der Erhalt des Status Quo.

Wieder markant ist das Verb *vermitteln*: Es geht nicht um die Erarbeitung von Kenntnissen, sondern um das passive *vermittelt bekommen* von scheinbaren Wahrheiten.

[...] ihnen ihre Rechte und Pflichten zu verdeutlichen und sie zu selbständig denkenden, rational urteilenden und verantwortlich handelnden Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern erziehen, die die Regeln für ein rationales Austragen politischer Konflikte kennen und achten.

Hier kommen wir zum zweiten Teil des vorherigen Satzes, einer sehr aussagekräftigen Stelle, an der die hässliche Fratze des Kapitalismus langsam zwischen den Zeilen hervortritt.

Es geht hier also um die *Rechte und Pflichten* die hier *verdeutlicht* werden sollen. Den jungen Staatsbürgerinnen und Bürgern sollen also unhinterfragt *Rechte und Pflichten verdeutlicht* werden, denen sie niemals in ihrem Leben auch nur ansatzweise zugestimmt hätten. Es geht hier ganz klar ums verdeutlichen – nicht ums kritische hinterfragen, nicht ums in Frage stellen, nicht ums neudiskutieren. Nein, hier soll nicht diskutiert oder hinterfragt werden – hier wird *verdeutlicht!*

Das herrschende System hält seiner Bürger also für so gefährlich, das es gleich schon bei der Erziehung der

Jugendlichen *verdeutlichen* muss wie hier der Hase läuft, damit bloß keiner Quer treibt. Gerade angesichts der soeben festgemachten Indoktrination der Jugend wirkt es zynisch und heuchlerisch, wenn anschließend vom selbständigen Denken, vom rationalen, verantwortlichen urteilen und handeln gesprochen wird. Doch zu wem sollen wir erzogen werden? Zu *selbständig denkenden, rational urteilenden und verantwortlich handelnden* Menschen? Nein. Wir sollen nicht zu eben solchen Menschen erzogen werden, sondern zu nichts anderem als *Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern*, treue Zöglinge von Vater Staat, die das herrschende System in seinem Sinne aufrecht erhalten. Der Mensch wird also in diesem Fach reduziert auf seine Funktion als Staatsbürger.

Und dann gibt es auch noch *Regeln* für ein *rationales Austragen politischer Konflikte* die man kennen und achten soll. Doch wer bestimmt diese *Regeln* für das rationale Austragen politischer Konflikte? Und wem nutzen diese *Regeln*?

Und auch hier kommt der Absolutheitsanspruch der Doktrin zum Vorschein: Die Jugendlichen sollen diese Regeln kennen und achten. Mehr nicht. Doch warum sollen hier Regeln geachtet werden, die es nach Anweisung derjenigen, die sie aufstellen, nicht einmal zu hinterfragen gilt?

Wo bleibt hier das eben noch erwähnte selbständige denken?

Sie sollen die Grundwerte und Rechtsnormen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstehen und anerkennen.

Der nächste Satz könnte deutlicher nicht ausfallen: Nach der Logik „Friss oder stirb“ sollen die Schülerinnen und Schüler in diesem Fach also soweit indoktriniert werden, bis sie die FDGO *verstehen* und *anerkennen*. Dem System reicht hier also nicht das bloße in Kenntnis setzen, ums kennen – nein, die FDGO soll wirklich *verstanden* und *akzeptiert* werden. Als ob eine Alternative zum herrschenden System ein Ding der Unmöglichkeit wäre, sollen die Schüler so erzogen werden, das sie selbiges *akzeptieren*. Nun wissen wir, wie weit es hier mit dem selbstständigen Denken ist. Was ist, wenn es unmöglich ist, *verantwortlich* zu handeln und die FDGO anzuerkennen?

Anerkennen und verstehen statt kritisch hinterfragen und zweifeln ist hier wieder die unmissverständliche Aussage des Textes.

Dazu gehört die Bereitschaft, mit anderen friedlich zusammenzuleben, die Vielfalt der

Interessen und Meinungen zu respektieren und demokratische Handlungsformen als Wert anzuerkennen.

Hier tut sich wieder der Große Widerspruch auf: Wenn der Absolutheitsanspruch des herrschenden Systems absolut unmissverständlich klargestellt wurde, wird für alles weitere Toleranz und Respekt gepredigt. Es scheint, als ob es richtig wäre, die Faschisten zu respektieren, so lange die FDGO anerkannt wird. Doch was ist, wenn es gerade der falsche Weg ist, jede Meinung und jedes Interesse zu respektieren? Heißt das nicht, bei Unrecht zu schweigen und das Unrecht zu Tolerieren, wenn das Interesse der herrschenden Klasse durchgesetzt werden soll?

Was sind die hier genannten *demokratischen Handlungsformen*? Handlungen innerhalb des bestehenden Systems, oder gar das Streben nach echter Demokratie?

Warum sollen menschenfeindliche Haltungen – die sich im Einklang mit der FDGO befinden – respektiert werden? Dieses System der repressiven Toleranz, wie Herbert Marcuse im gleichnamigen Essay bereits analysierte, ist lediglich auf den Erhalt des Status Quo aus – indem Unrecht als Recht gilt, da es Toleranz zu erfahren hat.

Marcuses wissenschaftliche Analyse äußerte sich insofern, als dass „des Demokraten ganzer Stolz“, die Toleranz gegenüber jeglicher Form des politischen Andersdenkens, ein Mittel der Ausbeutung und Unterdrückung ist, welches dem erstrebenswerten Ziel nach Wahrheitsfindung im Wege steht – sogar im Wege stehen will. Genau dieses Schema finden wir bei der staatlichen Erziehung der Jugend wieder.

Die Schülerinnen und Schüler sollen sich mit grundsätzlichen und aktuellen Fragen der Politik befassen und sich dabei auch mit problematischen Erscheinungen der politischen Wirklichkeit auseinandersetzen.

Es ist ja sehr loblich, das auch einmal erwähnt wird, das die Schülerinnen und Schüler sich neben der bedingungslosen Anerkennung der herrschenden Ordnung der BRD sogar auch einmal mit Politik befassen sollen, doch bleibt hier schleierhaft was mit *problematischen Erscheinungen der politischen Wirklichkeit* gemeint ist, oder für wen diese *Erscheinungen* ein wirkliches Problem darstellen. Der Text lässt uns hier leider vollkommen im unklaren darüber, was eigentlich gemeint ist, so das sich keine Möglichkeit der genaueren Analyse ergibt.

Bei der Analyse von Entscheidungsprozessen werden ihnen Handlungsspielräume und Sachzwänge deutlich, und sie erkennen bei der Behandlung kontroverser Standpunkte und ihrer Begründungszusammenhänge die Vielschichtigkeit politischer Probleme.

Hier ist also die Rede von *Sachzwängen* und *Handlungsspielräumen*. Es geht also darum, den Schülerinnen und Schülern gleich eine Erklärung bieten zu können, für die politischen Fehlentscheidungen und der an den Bedürfnissen der herrschenden Klasse orientierten Politik der BRD. Die einfachste Erklärung lautet hier: *Sachzwänge*. Doch anstatt den Schülern die Freiheit der Analyse zu lassen, selbst nach den Ursachen zu forschen, wird ihnen als Antwort gleich das Wort *Sachzwang* um die Ohren gehauen. Von Klasseninteressen und dergleichen ist hier nie die Rede.

Auf engen Gleisen werden hier die Schüler zur Antwort der herrschenden Herangezogen. Ganz bewusst wird hier das passiv „*werden [...] deutlich*“ verwendet: „Es gibt keine Alternative, wenn Dir das nicht deutlich wird, liegst du falsch.“ könnte hier die Aussage lauten.

Andere Antworten werden hier, so scheint es, gar nicht erst zugelassen. Stattdessen schwadroniert man von der *Vielschichtigkeit politischer Probleme* und ihren *Begründungszusammenhängen*. Doch auch das kann den wieder einmal zum Vorschein gekommenen Absolutheitsanspruch der herrschenden Ideologie nicht relativieren.

Sie sollen einsehen, dass die Akzeptanz politischer Entscheidungen Sachkompetenz bei Entscheidungsträgern und Betroffenen voraussetzt und dass Demokratie zur Lösung von Problemen ein Abwägen zwischen Eigeninteresse und Gemeininteresse sowie Toleranz erfordert.

Wieder einmal sollen hier die „Weisheiten“ des Kultusministeriums schlichtweg nur *eingesehen* und nicht in Frage gestellt werden. Sehr richtig erkannt haben die Damen und Herren des Ministeriums, das *Sachkompetenz bei Entscheidungsträgern der Akzeptanz politischer Entscheidungen* durchaus dienlich ist. Was für eine Weisheit, auf die wir ohne die erleuchtenden Worte des Ministeriums (die wir ja ohnehin nicht hinterfragen sollen) wahrlich nie gekommen wären!

Doch das Sachkompetenz gar eine Voraussetzung für die Akzeptanz von politischen Entscheidungen ist, darf getrost als Binsenweisheit abgestempelt werden. Denn demnach wäre ein inkompetenter Politiker, der seine

eigenen Entscheidungen akzeptiert ein Ding der Unmöglichkeit.

Auch wird erklärt, das *Demokratie* ein *Abwägen* zwischen *Eigeninteresse* und *Gemeininteresse* erfordern würde. Doch auf die Idee, das es nicht nur Individuen und soziale Gruppen, sondern Klassen und Klasseninteressen gibt, lässt uns dieser Text nicht kommen. Und auch sagen diese Zeilen einiges über das Demokratieverständnis aus, das den Jugendlichen hier vermittelt wird: Es ist ein *Abwägen* erforderlich – eine radikale Entscheidung, die z.B. nur den Interessen des Proletariats dient, gilt hier als undemokratisch. Warum das Abwägen eine Voraussetzung der Demokratie ist, wird hier nicht erklärt. Überhaupt scheint dieser Text davon auszugehen, das es sich bei dem in der BRD herrschenden System um eine *wirkliche Demokratie* handelt. Dies lässt nur einen Schluss zu: Entweder sind die Damen und Herren des Ministeriums blind vor Naivität – oder man darf an ihrer Demokratiefähigkeit zu zweifeln wagen.

Zu guter letzt wird jedoch in bereits bekannter Manier die Toleranz gepredigt. Dazu schrieb ich in den vorigen Abschnitten schon einiges, für weiterführende Informationen hierzu empfehle ich nochmals die Lektüre des Essays „Repressive Toleranz“ von Herbert Marcuse.

Der Gemeinschaftskundeunterricht muss daher von Klasse 10 an unterschiedliche Meinungen und Interessen offen darstellen und zwischen Sachinformation und Wertung unterscheiden.

Was der Gemeinschaftskundeunterricht nicht alles muss! Er muss treue Staatsbürger heranziehen, die unkritische und leicht widerlegbare Binsenweisheiten des Ministeriums einfach *akzeptieren*, *anerkennen* oder *einsehen* sollen; er muss das herrschende

Demokratieverständnis unreflektiert vermitteln – und jetzt muss er auch noch *unterschiedliche Meinungen und Interessen offen darstellen und zwischen Sachinformation und Wertung unterscheiden!*

Nun, das er Dinge *offen darstellen* muss, lässt uns hoffen. Doch auch in diesem Abschnitt wäre die Aufforderung zum kritischen Hinterfragen, zum *offenen Zweifel* sicher nicht verkehrt gewesen. Stattdessen nur der übliche Ton des Ministeriums: *muss*.

Dabei erwerben die Jugendlichen die Bereitschaft, ihre Meinungsbildung im Lichte neuer Informationen ständig zu überprüfen, bei Kritik an Missständen unsachliche Verallgemeinerungen zu vermeiden und politische Fragen rational zu diskutieren.

Hier wird wieder gesagt, was passieren wird. Ein fest gefügtes Programm, eine enge Schiene die kaum Abweichung duldet – das ist also das Credo dieses Unterrichts. Denn was ist wenn die Jugendlichen diese Bereitschaft nicht erwerben werden? Natürlich wäre es wünschenswert, wenn Jugendliche *ihre Meinungsbildung im Lichte neuer Informationen ständig [...]überprüfen und bei Kritik an Missständen unsachliche Verallgemeinerungen [...] vermeiden und politische Fragen rational diskutieren*. Doch kann dieses Ziel keineswegs als sicher gekennzeichnet werden, die Realität sieht oftmals anders aus.

Der Unterricht muss ihnen auch Möglichkeiten zur Identifikation mit den Grundwerten der Verfassung eröffnen, einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau einer eigenen Werthaltung leisten und sie zu demokratischem Engagement zu gewinnen versuchen.

Nach den vorherigen, sehr allgemein gefassten Instruktionen des Ministeriums kommt nun wieder ein Satz mit wesentlich spannenderem Inhalt: Als ob nicht schon genug vom Anerkennen der FDGO und vom unhinterfragten Hinnehmen gesprochen wurde, wird hier noch einmal nachgelegt indem der Unterricht hier die Identifikation mit den Werten der BRD-Verfassung *eröffnet* werden *muss*.

Nocheinmals wird in dieselbe Kerbe geschlagen und der Schüler zur Anerkennung des Systems getrieben. Also auch nichts Neues – nur geht es diesmal um die Verfassung und nicht um die FDGO.

Das der Aufbau einer *eigenen Wehrhaltung* nur auf Grundlage der herrschenden Ordnung, deren Spielregeln anerkannt werden *müssen*, stattfinden kann versteht sich von selbst. Und dann der Appell zu *demokratischem Engagement*, was auch immer das aus dem Munde des Ministeriums bedeuten mag. So mancher radikaler Humanist würde die Gründung einer Partisanenbewegung als *demokratisches Engagement* bezeichnen, während das Ministerium wahrscheinlich lediglich die Unterbringung im Staatsapparat versteht.

In den einzelnen Lehrplaneinheiten sind die verbindlichen Inhalte an vielen Stellen allgemein und offen formuliert, und sie beschränken sich häufig auf den institutionellen Rahmen für politische Prozesse.

Allgemein und offen – aber den *Rahmen* vorschreiben. Wieder wird hier deutlich, das das Ausbrechen, das darüber hinausdenken aus dem herrschenden System weder vorgesehen noch gewollt sind. Der *Rahmen* ist die Ordnung der BRD – alles was ihr widerspricht, wird abgelehnt.

So erzieht sich dieser Staat genau die treuen Bürgerinnen und Bürger heran, die für seinen Machterhalt von Nöten sind.

Dadurch ergibt sich für den Gemeinschaftskundeunterricht die Möglichkeit und Notwendigkeit, politische Entscheidungsprozesse inhaltlich zu füllen. Dabei kann er auf aktuelle Entwicklungen und Problemlagen eingehen und auch die jeweiligen Interessen der Schülerinnen und Schüler berücksichtigen.

Dieser sehr aufschlussreiche und von Indoktrinationsaufrufen schier überquellende Text endet hier völlig nichtssagend und versöhnlich – angesichts der Knallharten Linie die das Ministerium wenige Abschnitte zuvor noch gefahren ist gerade zu sarkastisch. Nachdem nun Überwiegend der Absolutheitsanspruch der herrschenden Ordnung in der BRD klar gestellt wurde und selbiger den Schülerinnen und Schülern natürlich vermittelt werden *muss*, nachdem jede Abweichende Haltung von vornherein ausgeschlossen, das selbstständige Denken in einem Halbsatz erwähnt und mit der bedingungslosen Anerkennung des kapitalistischen Systems sofort wieder negiert wurde, nach dem wir Seitenweise die Widersprüche und Unwahrheiten dieses Textes herausgearbeitet, das Gesicht des Ministeriums demaskiert haben, erlauben wir uns ein kleines Fazit: 40 Jahre nach 68, in Zeiten der nahezu vollständigen Entpolitisierung der Jugend, hat das Ministerium ganze Arbeit geleistet, indem es solche Texte wie den eben analysierten an die Lehrkörper verteilt welche diese Inhalte wiederum ihren Schülern vermitteln müssen. An unseren Schulen werden brave Jünger des Kapitalismus

herangezogen, unkritische Karrieristen die voll und ganz im Dienste der herrschenden Klasse stehen. Ganz im kranken Geiste ihrer kranken Zeit.
Und das Ministerium trägt seinen Teil dazu bei.

Weiteres von

KRITISCHE SCHRIFTEN

Der gute Mensch

für nur 1,00€

P. Connor legt in seiner Arbeit dar, warum der Mensch im kapitalistischen System seinen guten Charakter nicht entfalten kann und warum er egoistisch sein muss.

Eine Arbeit von P. Connor

Anfordern unter: **kritische-schriften@web.de**

